

rechte persönliche Gespräch zu suchen. Die Parlamentarier dieses Hauses wollen nicht nur Buchführer und Verwalter einer Erblast sein, sondern wollen, indem sie diesen Schritt tun, die Sache politisch bearbeiten. Ich bitte Sie dabei um Unterstützung.

(Beifall)

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß es in diesem Ausschuß gelungen ist, eine Arbeitsatmosphäre herzustellen, in der es keinerlei Bedeutung hat, aus welcher Fraktion der oder die Abgeordnete kommt.

Es erfüllt mich mit tiefer Befriedigung, daß es gesellschaftliche Aufgaben gibt, bei denen man feststellen kann, daß in diesem Hause ein einvernehmliches politisches Handeln möglich ist.

(Beifall)

Ich wünsche uns für die politische Kultur dieses Landes mehr solche Erfahrungen.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt zurück zu dem, was wir getan haben. Wir sind dabei, diese genannten Gespräche zu führen. Wir bauen dabei auf die Einsicht eines Personenkreises, der ja nicht durchweg aus Verbrechern bestand, sondern wobei es sich um viele miß- und irregeleitete Personen handelte. Einige von ihnen mögen durchaus ihre ungesetzlichen Aufgaben ausgeübt haben in dem Bewußtsein, der Gesellschaft zu dienen. Man hatte sie so erzogen, und wir rechnen mit der Erziehbarkeit von Menschen und wollen zunächst die Einsicht des betroffenen Personenkreises, Möglichkeiten zu eröffnen, diese Menschen nicht auszugrenzen, sondern in den Prozeß der gesellschaftlichen Erneuerung einzubeziehen.

Wir haben damit viel zu tun, und ich bitte Sie, dies zu akzeptieren, daß ich Ihnen aufgrund der Arbeitsfülle in diesem speziellen Sektor keine umfänglichen Aussagen über andere Aufgabenbereiche machen kann, die Sie uns zugewiesen haben. Wir wollen an dieser Sache Weiterarbeiten.

Zusätzlich möchte ich folgendes sagen: Wir haben Berichte gehört und Befragungen durchgeführt und uns so über die Arbeit des Staatlichen Komitees zur Auflösung der Staatssicherheit informiert. Wir haben auch einen Bericht des Leiters der Operativgruppe gehört, der innerhalb dieses Bereiches der Auflösung im Staatlichen Komitee arbeitet.

Wir haben dabei festgestellt, daß Personalstrukturen dort überprüft werden müssen, daß nicht alle anstehenden Probleme in der Objektvergabe geklärt sind, und ich möchte Sie hier einmal auf ein Problem aufmerksam machen, das viele Bürger dieses Landes, die im karitativen Bereich arbeiten oder die in einer verarmten Kommune politische Verantwortung wahrnehmen müssen, betrifft.

Zu Zeiten der Runden Tische und der Übergangsregierung hat es manche Entscheidung über die eine oder die andere Liegenschaft oder Immobilie gegeben, einem karitativen Zweck ein Objekt zur Nutzung zur Verfügung zu stellen, und auch mancher Kommune wurde hier eine Zusage gemacht. Heute sehen wir nun, daß aufgrund der schlechten Finanzlage Gewinne realisiert werden müssen, was wir im Prinzip für richtig halten.

Aber es ist doch zu fragen, ob in jedem Falle das Gewinnprinzip bei der Veräußerung von Staatssicherheitsobjekten das Ausschlaggebende sein sollte, und ob es nicht der gesellschaftlichen Gesundheit dienen würde, wenn wir der einen oder anderen Kommune, die wirklich absehbar nicht zahlungsfähig sein wird, oder der einen oder anderen karitativen Vereinigung hier einen Zuschlag erteilen können, der unser gemeinsames Ja finden würde.

(Beifall bei der Koalition)

Wenn es Hinweise dafür gibt, daß bei der Aufarbeitung Fehler gemacht werden oder das hier Handlungen verschleppt werden, werden wir ihnen unverzüglich nachgehen.

Wir möchten sowieso alle Bürger auffordern zu akzeptieren, daß das Parlament mit der Gründung dieses Ausschusses eine letzte Adresse in allen Staatssicherheitsfragen geschaffen hat und jedem umkehrwilligen und aussagebereiten Staatssicher-

heitsmitarbeiter sowie jedem belasteten Bürger als Gesprächspartner zur Verfügung steht.

(Vereinzelt Beifall)

Gerne würden wir sehen, wenn sich die Zusammenarbeit mit dem Innenminister weiter und konstruktiver entwickeln ließe.

Ich komme noch einmal auf diesen Punkt zurück; denn ich beabsichtige, Ihnen noch einige grundsätzliche Ausführungen zu machen und bitte Sie noch ein wenig um Geduld. Ich denke, wir sollten noch einmal uns Zeit nehmen zu fragen, warum uns die schwere Arbeit der Aufarbeitung und Auflösung am Herzen liegen sollte, auch wenn wir so furchtbar viel zu tun haben.

Der Sinn der Aufarbeitung kann sich eigentlich nur in drei Dimensionen für uns entfalten, in der Dimension des Politischen, des Rechtlichen und des Historischen.

Und jeder dieser Aspekte gebietet mit eigener Gewichtigkeit die Aufarbeitung. Sie wird mit Sicherheit am Tag der Einheit nicht beendet sein können. Daraus ergibt sich für diese jeweiligen Dimensionen der Aufarbeitung politisch folgende Problemstellung.

Es ist anzuschauen, daß Deformationen von Demokratie, daß der Verlust von Bürgersinn, daß die eklatante Eliminierung von Rechtsbewußtsein und Rechtsstaatlichkeit nicht aus Versehen oder durch einige fiese Gestalten in den oberen Politiktagen zustande gekommen sind, sondern wir haben erkennbare und beweisbare Vorgänge und Verknüpfungen vor uns, wenn wir das Material, das in den Archiven vorliegt, sichern und aufbewahren.

Hier darf es nicht darum gehen, daß wir uns im Bereich der Vermutungen bewegen, wenn wir später bewerten und gewichten wollen, wie sich die Politik in Form eines Machtzentrums - Politbüro - und das Unterdrückungsregime des Staatssicherheitsapparates vielleicht miteinander ins Benehmen gesetzt haben, sondern es muß beweisbar gehalten werden. Deshalb gebietet die politische Aufarbeitung die Aufbewahrung des Schriftgutes.

(Beifall, vor allem bei SPD, bei CDU/DA)

Nun haben wir ja festgestellt, daß die Revolution - wir nennen sie so - ein real existierendes menschenfeindliches Unterdrückungssystem entmachtet hat. Sie hat nun aber gleichzeitig das Volk ermächtigt, die Geschicke in die eigene Hand zu nehmen. Die Sichtung, Aufarbeitung und Aufbewahrung des Materials ist auch für die Weiterführung der Revolution und gleichzeitig - und das ist wichtig - für künftige Demokratiegestaltung ein wichtiges Gut, das wir bewußt machen sollten und das wir in seiner historischen Dimension sichern sollten. Das will auch für künftige Generationen von Demokraten als gesicherte, materiell beweisbare Erkenntnis vorhanden sein.

Deshalb ist die Berücksichtigung des historischen Aspektes - zweitens - wichtig. Der Historiker leistet, indem er Entfremdungsvorgänge herausarbeitet und dokumentiert, dem eine wichtige Zuarbeit, der Politik heute demokratisch gestalten will.

Schließlich und drittens gebietet der Aspekt des Rechts Aufarbeitung und Aufbewahrung des Materials.

Jahrzehntelang wurden - wir haben eben bei der vergangenen Beratung darüber gesprochen - Bürgern dieses Landes elementare Menschenrechte, nämlich Persönlichkeitsrechte und politische Rechte, geraubt. Sie haben einen Verlust an Leben und Lebensqualität erlitten, wenn man ihnen Rechte geraubt hat. Und diese Rechte, meine Damen und Herren, sind geschützt von allen Gesetzeswerken demokratischer Staaten, von allen Verfassungen und von allen weiteren Rechtsbestimmungen.

Es gibt also einen Rechtsanspruch, auch einen einklagbaren Rechtsanspruch, jedes Bürgers für erlittenes Unrecht oder für den Raub an Recht in der Vergangenheit. Diese Bürger, die das also erlebt haben - und auch wir gehören ja zum Teil dazu -, haben einen Rechtsanspruch, den wir sichern sollten. Es handelt sich dabei häufig nicht nur um Freiheits- und Gleichheitsrechte, sondern auch um erhebliche finanzielle Ansprüche, die geltend gemacht werden können.